

Kirche und Gesellschaft



Marco Bonacker/Gunter Geiger

Konsens und Krise

Politische Bildung als Aufgabe
in kirchlicher Verantwortung

Die Reihe „Kirche und Gesellschaft“ thematisiert aktuelle soziale Fragen aus der Perspektive der kirchlichen Soziallehre und der Christlichen Sozialethik.

THEMEN DER ZULETZT ERSCHIENENEN HEFTE:

März 2018, Nr. 448: Ursula Nothelle-Wildfeuer
Joseph Kardinal Höffner und die Christliche Gesellschaftslehre.
Sein Beitrag zu ihrer Fortentwicklung

April 2018, Nr. 449: Klaus Stüwe
Die verunsicherte Demokratie

Mai 2018, Nr. 450: Arnd Küppers, Peter Schallenberg
Der Markt und das Soziale. Überlegungen aus der Tradition christlicher Ethik und katholischer Soziallehre

VORSCHAU:

September 2018, Nr. 452:
Lars Schäfers, Jochen Sautermeister zum Themenbereich „Konstruktiver Journalismus“

Oktober 2018, Nr. 453:
Bischof Franz-Josef Overbeck zum Themenbereich „Zukunft der Demokratie“

November 2018, Nr. 454:
Bernhard Emunds zum Themenbereich „Pflege“
Die Hefte eignen sich als Material für Schule und Bildungszwecke.

Bestellungen

sind zu richten an:

**Katholische Sozialwissenschaftliche Zentralstelle
Brandenberger Straße 33**

41065 Mönchengladbach

Tel. 0 21 61/8 15 96-0 · Fax 0 21 61/8 15 96-21

Internet: <http://www.ksz.de>

E-mail: kige@ksz.de

Redaktion:

**Katholische Sozialwissenschaftliche Zentralstelle
Mönchengladbach**

Erscheinungsweise: Jährlich 10 Hefte, 160 Seiten

2018

© J.P. Bachem Medien GmbH, Köln

ISBN 978-3-7616-3279-6

1. Kirche und Bildung

Die Kirche hat keinen Selbstzweck, sondern ist für die Menschen da. In dieser Pro-Existenz verwirklicht sie ihre Grundaufgabe der Vergegenwärtigung des Lebens, Sterbens und Auferstehens Jesu Christi. Dies tut die Kirche durch die Verkündigung des Wortes, durch die Spendung der Sakramente und durch ihren täglichen karitativen Einsatz in der Welt. Indem die Kirche aus dem Glauben an die Menschwerdung Gottes schöpft, sieht sie den Menschen mit anderen Augen. Diese veränderte Sicht des Christentums auf den Menschen spiegelt sich in der Schilderung Jesu und seiner Taten in den Evangelien. Gerade jene Menschen am Rande der Gesellschaft werden in die Mitte gestellt und gewürdigt. In der paulinischen Diktion ist der Mensch durch Jesus Christus und das schon angebrochene Gottesreich zur Freiheit befreit. Dieser befreite Mensch wiederum kann in Freiheit auf die Offenbarung Gottes in Christus und sein Angebot der Gnade antworten.

In beeindruckender Weise schildert der amerikanische Philosoph und Politikwissenschaftler Larry Siedentop, wie das Christentum seine antike Umwelt verwandelte und wie das christliche Bild vom Menschen zur eigentlichen Grundlage westlichen Denkens und Handelns wurde: „Für Paulus ergibt sich aus dem Glauben an Christus nur eine vorrangige Rolle, die von allen in gleicher Weise geteilt wird (,die Gleichheit der Seele vor Gott‘), während die herkömmlichen sozialen Rollen – Vater, Tochter, Magistratsmitglied, Priester oder Sklave – im Vergleich zu der primären Rolle zweitrangig werden. Zu dieser Rolle können beliebig viele soziale Rollen als Attribute des Subjekts hinzukommen, aber sie definieren das Subjekt nicht mehr. Das ist die Freiheit, um die der Christusbegriff des Paulus die menschliche Identität erweitert.“¹ Tatsächlich: Das Christentum verkündet die moralische Gleichheit aller Menschen; diese Gleichheit wird in Neuzeit und Moderne in säkularisierter Weise zur Grundlage der Menschenrechte, die wiederum die Freiheit garantieren.²

Gleichwohl weiß das christliche Menschenbild aber auch um die bleibenden Verschattungen des befreiten Menschen. Besonders Augustinus (354-430) beschäftigt sich mit der Frage, wie Freiheit und Sünde auch nach der Befreiung in der Taufe zusammenhängen. Der Status des Menschen jenseits des Paradieses ist für Augustinus der Status der Erbsünde, die durch die Gnade Gottes in der Taufe getilgt wird. Der Katechismus formuliert: „Sie [die Erbsünde, Anm. d. A.] ist eine Sünde, die durch Fortpflanzung an die ganze Menschheit weitergegeben wird, nämlich durch die Weitergabe einer menschlichen Natur, die der ursprünglichen Heiligkeit und

Gerechtigkeit ermangelt. Deswegen ist die Erbsünde ‚Sünde‘ in einem übertragenen Sinn: Sie ist eine Sünde, die man ‚miterhalten‘, nicht aber begangen hat, ein Zustand, keine Tat.“³

Auch wenn viele Menschen ein Problem mit dem Begriff der Erbsünde haben mögen, muss man mit Blick auf die Konflikte und Probleme der Welt doch festhalten, dass der darin grundgelegte Gedanke sehr anschaulich ist: Der Mensch ist nicht einfach nur gut. Es bedarf, religiös gesprochen, der Gnade Gottes und der beständigen Umkehr des Menschen zum Guten, das er als Vernunftwesen in der Lage ist, zu erkennen. Noch einmal anders ausgedrückt: Der Mensch ist, mit den Worten Friedrich Nietzsches, das „nicht festgestellte Thier“. Er ist berufen zur Heiligkeit und fähig zum Bösen. Der Mensch ist daher aber auch *animal morale*; auch das unterscheidet ihn fundamental vom Reich der einfach biologischen Natur. Dieser Mensch als moralisches Subjekt, als geschöpfte Person bedarf der Anleitung, der Orientierung und der Bildung oder Ausbildung, damit er seiner Berufung als Kind Gottes gerecht werden kann. Oder anders formuliert: Damit er so werden kann, wie Gott ihn gedacht hat. In diesem Kontext ist die Wortbedeutung von „Bildung“ bereits ein treffendes „Bild“ für das, was kirchliche Bildung sein sollte; denn Bildung bedeutet demnach Formung, Veränderung und Hinführung auf ein bestimmtes Ziel hin, das Ziel eben so zu werden, wie es dem jeweiligen persönlichen Potential und wie es den je eigenen Talenten entspricht. Bildung lotet daher das ganze Menschsein aus und zielt darauf ab, die Person zu einem Leben in Fülle zu befähigen, sprach- und kritikfähig zu machen, neue (Wissens-)Horizonte zu öffnen und an der universellen Suche nach Wahrheit teilhaben zu lassen. Mit Blick auf die Wortbedeutung des lateinischen Begriffes „*educare*“ (erziehen, [aus-]bilden; engl. education) wird der Mensch wortwörtlich heraus-geführt aus seiner ersten Natur.

Aufgrund des hier dargelegten Menschenbildes war die Kirche – entgegen gängiger Klischees – immer überaus bildungsaffin und selbst Trägerin von Bildungseinrichtungen: „Die Idee einer allg. Volksbildung wäre nicht denkbar ohne die christliche Lehre von der Gleichheit aller Menschen vor Gott. Weil sittlich-religiöse Bildung unmöglich ist ohne eine formale Durchbildung der menschlichen Fähigkeiten und materiale Kenntnisvermittlung, wurde die Kirche für das Abendland auch die Mutter der Schulbildung aller Stufen.“⁴ Überall wo das Christentum heimisch wurde, gründeten christliche Gemeinschaften Schulen, das mittelalterliche Universitätswesen ist ohne Christentum und sein Bildungsethos nicht möglich und auch heute noch ist die Kirche Trägerin zahlreicher Bil-

dungseinrichtungen für alle Schulformen, Hochschulen und schließlich auch des lebensbegleitenden Lernens in der Erwachsenenbildung. Bildung stand und steht im Zentrum kirchlichen Handelns.

2. Katholische Akademien als Orte non-formaler Bildungsarbeit

Bildung ist dabei nicht einfach Ausbildung im Sinne formaler Abschlüsse. Diese Form der Bildung gehört zwar zum Grundbestand, muss aber immer wieder verbunden sein mit dem eigentlich entscheidenden non-formalen Bildungsziel der Entwicklung des ganzen Menschen. Gerade die katholische Erwachsenenbildung als Ort non-formaler Bildung zeigt, dass kirchliche Bildungsarbeit nicht identisch ist mit der Befähigung zu einem bestimmten Beruf im Sinne von „Ausbildung“. Das Konzept des lebensbegleitenden Lernens will vielmehr gerade auf die beständige Aufgabe der Entwicklung des ganzen Menschen hinweisen und diese gewährleisten. Als Gegenpol zu den Schlagworten wie „Employability“ und einer Ökonomisierung der Bildung steht das Bildungskonzept non-formaler kirchlicher Bildungsträger für eine Unverfügbarkeit des Menschen, die in seiner Bildung und Entwicklung weitgehendere Ziele verfolgt als eine einfache Anschlussfähigkeit an Arbeits- und Gesellschaftsprozesse. Man könnte es auf die Formel bringen: Non-formale Bildung ist zweckfrei und gerade deswegen nicht zwecklos, weil ihr Mittelpunkt der Mensch als Person ist. Dass wir in einem ausdifferenzierten Gesellschaftssystem und einer zunehmend komplexer werdenden Arbeitswelt leben und handeln, setzt zunächst einmal ganz andere Kompetenzen voraus, als rein technisches Können. Das immer wieder neu zu vermittelnde christliche Menschenbild, das oben skizziert wurde, geht jeder technischen und prozeduralen Ordnung voraus und muss sich wiederum im Kontext aller Lebenswirklichkeiten bewähren und verwirklichen. Die Motivation für die non-formale kirchliche Bildungsarbeit zieht man daher gerade nicht aus einfach empirisch überprüfbarem Wissen und Können. Die sinnstiftenden Gehalte von Selbst- und Weltdeutung, die kirchliche Bildungsarbeit bereitstellt, sind es, die den Markenkern des Ansatzes des lebensbegleitenden Lernens ausmachen.

Mit den katholischen Akademien und der Erwachsenenbildung hat die Kirche kompetente Menschen und Orte, die dieses Bildungsideal leben und umsetzen. Wie keine andere institutionelle Einrichtung der Kirche erreicht die non-formale Bildung gerade auch jene, die der Kirche fern sind oder kritisch gegenüberstehen. Akademiearbeit und Erwachsenenbildung werden so zum Ort der Begegnung, des Dialogs und des gegenseitigen Austauschs. Dies stellt ein überragendes Potential kirchlichen

Handelns und Wirkens dar, das in Zukunft und vor allem im Kontext einer weiteren gesellschaftlichen Pluralisierung immer wichtiger werden wird. Die Angebote der verschiedenen Bildungsformate reichen dabei thematisch vom Kerngeschäft religiös-theologischer Wissens- und Glaubensvermittlung, über Jugend- und Familienbildung bis hin zur Fort- und Weiterbildung im Bereich der angewandten Ethik im Gesundheitsbereich. Darüber hinaus sind die katholischen Akademien Orte von Kunst und Kultur, die den gesellschaftlichen Dialog auch ästhetisch und künstlerisch erfahrbar und erlebbar machen wollen. Die Auseinandersetzung mit Bildern, Skulpturen und künstlerischer Fotografie bietet einen breiten Zugang zu gesellschaftlichen Phänomenen und nimmt zugleich sehr persönliche Interpretationen von Künstlern und Betrachtern der Gegenwart in den akademischen Dialog mit auf. Nicht zuletzt beschäftigt sich die Akademiearbeit auch mit Fragen der politischen Bildung, die zwischen Kirche und Gesellschaft angesiedelt ist und auf das Ideal des mündigen, verantwortungsbewussten Christen abzielt.

3. Politik als Suche nach universalen Interessen und Prinzipien

Christsein heißt Verantwortung übernehmen. Für das eigene Leben, wie auch für das soziale und gesellschaftliche Umfeld. Wer aus dem Glauben heraus seiner Lebenswirklichkeit begegnet, kann nicht für sich bleiben, sondern entdeckt im Nächsten und im Anderen immer wieder auch Auftrag und Sendung. Oder zugespitzt: Im Glauben wird der Andere zum Nächsten! Der christliche Glaube ist so nie nur einfach Privatsache. Das kann er gar nicht bleiben, weil menschliche Identität nicht teilbar ist. Dies sollte man nicht vergessen, wenn Vertreter eines populistischen Säkularismus fordern, dass Religion lediglich im privaten Bereich eine Rolle spielen und keine Präsenz in der Öffentlichkeit beanspruchen dürfe. Historisch ist Europa ohne Christentum schlichtweg undenkbar: Sehr schnell haben sich aus dem Glauben heraus bestimmte moralische Überzeugungen entwickelt und wirkten sich prägend auf die europäisch-abendländische Welt aus. Freilich war es aber ein längerer Prozess, in dem sich neben der Individualethik auch eine systematische christliche Sozialethik entwickelt hat. Zwar hatte die Kirche auch in Spätantike und Mittelalter unbestritten großen sozialen und karitativen Einfluss, ja war der wesentliche Träger sozialer Institutionen, aber erst das 19. Jahrhundert mit seinen spezifischen sozialen und politischen Herausforderungen ließen das Lehrgebäude der Katholischen Soziallehre deutlicher hervortreten. Deswegen ist die erste Sozialzyklika *Rerum novarum* unter Leo XIII. 1891 nicht einfach der Beginn des sozialetischen Denkens der

Kirche, aber doch eine entscheidende, richtungsweisende Wegmarke, die verdeutlicht, dass die Kirche immer besser verstanden hat, dass es zwar gut ist die einzelnen Herzen zu bekehren, aber sicherlich auch notwendig, die politische Systemfrage einer gerechten und sozialen Gesellschaft mitzugestalten. Schlechterdings konnte die Frage der Gerechtigkeit von der Frage der individuellen Nächstenliebe nicht mehr getrennt werden. Kirche wurde – nunmehr nicht mehr als Träger politischer Macht – doch wieder politisch, wenn auch mit anderen Vorzeichen: Eben nicht mehr als alleiniger Taktgeber einer homogenen Glaubensgesellschaft, sondern als wichtiger Partner im komplexen sozialen Gefüge moderner Staaten. Das Verhältnis von Kirche und Welt hatte sich neu sortiert und dies nicht selten gegen den Willen kirchlicher Würdenträger. Aber auch hier wuchs immer mehr die Erkenntnis, dass der Verlust politischer Macht und die Freiheit von staatlichen Aufgaben den Weg frei mache für den eigentlichen seelsorglichen, sakramentalen und karitativen Auftrag der Kirche. Trotzdem oder gerade deswegen ist der Bereich des Politischen neu entdeckt worden. Das Zweite Vatikanische Konzil, das gewissermaßen die denkerischen Bewegungen der Neujustierung des Welt-Kirche-Verhältnisses aufnahm und umsetzte, formulierte in der Pastoralkonstitution *Gaudium et spes*: „Die politische Gemeinschaft und die Kirche sind auf je ihrem Gebiet voneinander unabhängig und autonom. Beide aber dienen, wenn auch in verschiedener Begründung, der persönlichen und gesellschaftlichen Berufung der gleichen Menschen. Diesen Dienst können beide zum Wohl aller um so wirksamer leisten, je mehr und besser sie rechtes Zusammenwirken miteinander pflegen; dabei sind jeweils die Umstände von Ort und Zeit zu berücksichtigen. Der Mensch ist ja nicht auf die zeitliche Ordnung beschränkt, sondern inmitten der menschlichen Geschichte vollzieht er ungeschmälert seine ewige Berufung.“⁵

Die Konzilsväter drücken hier deutlich die Anerkennung für die Autonomie der Lebensbereiche aus: Kirche und Politik sind nicht identisch. Zugleich verweisen sie aber auf die unteilbare Integrität des Menschen, der politisches Subjekt und Glaubender in einer Person ist. Schließlich verweisen sie auf die Berufung des Menschen, die nicht in der Politik allein aufgeht, aber sich auch hier verwirklicht. Auf diese Weise inspiriert die Kirche fernab von parteipolitischen Interessen politische Verantwortungsträger, politisch interessierte Laien, aber im Grunde alle Menschen guten Willens nach den universellen Werten zu streben und diese politisch ins Werk zu setzen. Die Katholische Soziallehre hat diese universellen Werte als ihre grundlegenden Prinzipien herausgearbeitet und formuliert:

- Personalität
- Gemeinwohl
- Solidarität
- Subsidiarität

Diese Prinzipien stehen in einer lebendigen Spannung miteinander und helfen dabei, gesellschaftliche und politische Realitäten zu analysieren und zu bewerten. Gewissermaßen als modernes Kompendium der Soziallehre der Kirche formuliert es der vor zwei Jahren erschienene DOCAT so: „Mit diesen vier Prinzipien kann man die gesamte soziale Realität des Menschen erfassen und dieser Realität in Wahrheit gerecht werden.“⁶

Alles geht dabei von der menschlichen Person aus, die von der Gottes Ebenbildlichkeit her mit einer unantastbaren Würde ausgestattet ist. Zugleich ist die Person nicht losgelöst von ihrem sozialen Umfeld zu sehen; vielmehr werden wir erst durch die Gemeinschaft, durch unsere Familie und Freunde zu dem Menschen, der wir sind. Dieses Verhältnis von Person und Gemeinschaft soll von Solidarität und Subsidiarität geprägt sein. Beides sind Realisierungen der Würde des Menschen, der zu Freiheit und Verantwortung berufen ist.

In den letzten Jahren ist der Begriff Nachhaltigkeit quasi zu einem fünften Prinzip der Katholischen Soziallehre avanciert. Immer klarer wurde die Notwendigkeit erkannt, den Menschen nicht losgelöst von seiner natürlichen Umgebung, seiner Umwelt zu betrachten. Die Lebensgrundlagen des Menschen, der Umgang mit endlichen Ressourcen und das Verhalten gegenüber anderen Lebewesen ist mittlerweile auch im Kontext der Schöpfungstheologie fester Bestandteil der Soziallehre der Kirche, die auch dahingehend ihre Verantwortung für die ganze Weltgesellschaft erkannt hat. In seiner zweiten Enzyklika *Laudato si'* widmet sich Papst Franziskus in besonderer Weise der Verantwortung für Umweltfragen und benennt in aller Klarheit die Probleme einer heutigen Wegwerfkultur, die zur Belastung der gegenwärtigen Umweltsituation führt wie auch ein intergenerationelles Problem darstellt. Dabei gerät der Konnex von Umweltproblematik und Ethik nicht aus dem Blick, wenn er betont: „So wird deutlich, dass die Verschlechterung der Umweltbedingungen und die Verschlechterung im menschlichen und ethischen Bereich eng miteinander verbunden sind.“⁷

Diese hier kurz aufgeführten Prinzipien sind zugleich die Grundlage kirchlich verantworteter politischer Bildung. Sie entspringen einer von vielen Generationen getragenen denkerischen Arbeit, die erfahrungsba-

siert diese Begriffe herausgebildet hat. Aber bei der reinen Reproduktion dieser Prinzipien bleibt es nicht. Zunächst müssen diese immer wieder an der politischen Realität gemessen werden und mitunter unterschiedlich inhaltlich gefüllt werden. Die Erweiterung um den Begriff der Nachhaltigkeit zeigt die Offenheit der Katholischen Soziallehre sehr deutlich, die auf neue Gegebenheiten denkerisch reagieren kann. Zugleich müssen sie immer auch weitergedacht werden. Ein solches Weiterdenken muss etwa im Kontext der Zukunftsthemen Digitalisierung sowie Arbeit 4.0 in besonderer Weise Platz in der Akademiarbeit finden.

Nicht nur politisch und ökonomisch steht das Thema Digitalisierung ganz oben auf der Agenda. Auch die politische Bildung in kirchlicher Trägerschaft muss sich mit den damit entstehenden Herausforderungen und Anfragen beschäftigen. Vor allem deswegen, weil der Mensch als Mittelpunkt von Gesellschaft und Ökonomie durch Digitalisierung in vielfältiger Form herausgefordert ist: Digitale Wirklichkeit löst bisherige Formen menschlicher Interaktion ab. Technischer Fortschritt macht es etwa möglich, Arbeitsprozesse zu dezentralisieren, die Grenzen zwischen privatem und beruflichem Leben aufzulösen (absolutes Commitment im Gewand der geographischen Freiheit), die Vernetzung untereinander zu perfektionieren (absolute Erreichbarkeit) und schließlich den Menschen als Akteur in vielen Bereichen völlig abzulösen. Robotik und künstliche Intelligenz schaffen neue Leistungsstandards: Der Algorithmus arbeitet besser, billiger, einfach effizienter als ein Mensch. Die vermenschlichte Maschine übernimmt bisher zutiefst menschliche Aufgaben nicht nur in der Fertigung von anderen Maschinen oder generell von Artefakten, sondern sogar in sozialen Kontexten wie der Pflege.

Ohne Frage eröffnen Digitalisierungsprozesse ungeahnte Chancen. Digitalisierung und Technisierung werden aber dann zum Problem, wenn ihnen der Mensch als Person schutzlos ausgeliefert ist und seine personale Integrität gefährdet wird. Kirchliche Strategie im Umgang mit Digitalisierung – fernab von eigenen Websites und Instagram-Accounts – muss genau diesen Aspekt beinhalten: den Menschen als Person in seiner unhintergehbaren Unverfügbarkeit, der „Ökologie des Menschen“ (Papst Benedikt XVI.), im Blick behalten. Dies kann schließlich auch bedeuten, Räume der Non-Digitalisierung bereitzustellen, um den Menschen immer wieder zu sich selbst zu führen und notwendige persönliche Begegnungen und Diskurse zu ermöglichen. Auch das ist Aufgabe katholisch-politischer Bildungsarbeit heute.

4. Das Politische als Diskursgegenstand

Das sozialetische Grundmodell „Sehen – Urteilen – Handeln“, das zuerst vom Begründer der internationalen christlichen Arbeiterjugend (CAJ), Joseph Kardinal Cardijn, formuliert wurde, muss auch im Kontext politischer Bildungsarbeit beachtet werden. Zum einen werden damit die Kompetenzen in aller Kürze beschrieben, die durch kirchliche Bildungsarbeit im Bereich des politischen Lernens gewonnen werden sollen. Zum anderen beschreibt dieser Dreischritt das Vorgehen der Bildungsarbeit, die selbst immer wieder ihr Feld und ihre spezifischen Fragen neu abstecken muss. Kirchliche politische Bildung ist Demokratiebildung: Menschen sollen zur Analyse politischer Realität sowie zur konstruktiven, demokratiefähigen Partizipation befähigt werden.

Damit sind zugleich die beiden wesentlichen Problemfelder aktueller politischer Bildung umschrieben. Die Gegenwartsanalyse zeigt dabei nämlich, dass das Politische als Raum der Partizipation in eine veritable Krise geraten ist und sich für die politische Bildung neue, drängende Aufgaben ergeben. An vielen Stellen der öffentlichen Debatten werden Veränderungen sichtbar, die gerade im Bereich der politischen Bildung auf Antworten warten: EU-Krisen, das Gefühl, abgehängt zu sein oder nicht gehört zu werden, Populismus von rechts und links, Identitätspolitik, Verrohung der Sprache und des generellen Umgangs, wachsende religiöse Vielfalt oder das Erstarken neuer Nationalismen in Deutschland und vielen anderen Ländern Europas machen deutlich, dass demokratische und freiheitliche Errungenschaften keineswegs einer linearen Entwicklung folgen, sondern immer wieder neu erarbeitet, durchdacht, erungen und angeeignet werden müssen. Die Gräben, so scheint es, werden im politischen Diskurs tiefer, die Polarisierungen stärker und die Entsolidarisierung nimmt zu. Es zeigen sich immer mehr die Folgen einer gestiegenen gesellschaftlichen Pluralität und Komplexität, mit der verschiedene gesellschaftliche Gruppen hadern oder diesen sogar feindlich gegenüberstehen. Vor diesem Hintergrund wird deutlich, wieso die beiden großen Kirchen in Deutschland, DBK und EKD, einen neuen Dialog über den Zustand der politischen Debattenkultur in Deutschland gestartet haben. In Kürze soll ein gemeinsames Demokratiepapier vorgelegt werden.⁸

Gerade im Hinblick auf die politische Demokratiebildung aber stehen Konzepte wie „Problemorientierung“ und die Abbildung von Kontroversen schon lange im Zentrum pädagogischer Praxis der katholischen Akademien; gesellschaftliche Phänomene werden in ihrer gesamten kontro-

versen Struktur und Spannung aufgegriffen und bearbeitet.⁹ Das Politische als Diskurs- und Lerngegenstand ist seiner Natur nach problemorientiert, da Politik die Aufgabe der Vermittlung unterschiedlicher, teils auch sich gegenüberstehender und inkommensurabler Positionen inne hat. Der Ausnahmezustand der Krise ist im Bereich des Politischen der Normalfall. Interessenkonflikte, unterschiedliche Weltanschauungen und die Suche nach gemeinsamen gesellschaftlichen Grundlagen gehören zum Kernbestand politischer Praxis, die auf Konsens und Verständigung hingeordnet ist. Politik ist problemorientiert und hat die Aufgabe, Krisen zu bewältigen. Doch stellt sich gerade nicht eine tiefer gehende Frage? Ist das politische System, ist die Demokratie nicht selbst in die Krise geraten? Ist die Demokratie noch fähig, diesen gesellschaftlichen Konsens herzustellen und sich der Entsolidarisierung entgegenzustellen? Der an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt lehrende Politikwissenschaftler Klaus Stüwe analysiert jüngst in einem Beitrag diese „verunsicherte Demokratie“, wenn er schreibt: „Besteht [...] Grund für Beunruhigung? Ja, denn die Phänomene die wir derzeit in vielen etablierten Demokratien der Welt beobachten, sind durchaus ernst zu nehmen. Die verbreitete Unzufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie, der Vertrauensverlust gegenüber den politischen Eliten, das Erstarken populistischer Parteien und eine mangelnde Gestaltungsfähigkeit der politischen Institutionen stellen große Herausforderungen dar.“¹⁰

Trotz dieser Problembenennung gibt er sich aber schließlich optimistisch, was die generelle Krisenfestigkeit der Demokratie betrifft: „Die oben genannten Herausforderungen sind zwar ‚schwierige Hausaufgaben‘, aber nicht unbedingt bestandsgefährdende Funktionsstörungen der Demokratie. Wie die empirische Demokratieforschung zeigt, ist trotz aller gegenwärtigen Probleme bislang noch keine einzige Demokratie weltweit in eine existentielle Krise geraten.“¹¹ In der Tat: Alarmismus ist fehl am Platz. Vielmehr gilt es, die aktuellen politischen Prozesse und Entwicklungen sachlich zu analysieren und mögliche Fehler und Versäumnisse zügig aufzuarbeiten. Schließlich lebt eine lebendige Demokratie, die auf der Suche nach Konsens ist, auch vom Widerspruch und dem Wettbewerb der besten Ideen. Widerspruch und Ideenwettbewerb sind geradezu das Gegenteil einer dysfunktionalen Demokratie.

5. Mehrwert politischer Bildung als kirchliche Aufgabe in der Zukunft

Kritisch könnte man nun nachfassen: Was eigentlich ist das Spezifikum politischer Bildung im kirchlichen Kontext? Was kann diese dezidiert

religiös-theologische Ausrichtung beitragen zum Diskurs der politischen Bildung?

Im Herbst 2016 sagte der damalige Innenminister Thomas de Maizière mit Blick auf die Frage der Rolle von Religion in der Gesellschaft und den Themenkomplex Integration: „Wir haben die Bedeutung von Religion unterschätzt.“¹² War der Einfluss von Religion auf gesellschaftliche und politische Prozesse seit dem 19. Jahrhundert und gerade nach einem kurzen Wiederaufleben nach dem Zweiten Weltkrieg kontinuierlich zurückgegangen, stellte das Jahr 2001 und die steigende Präsenz des Islams in Deutschland sowie eine anwachsende Entfremdung der Mehrheitsgesellschaft gegenüber dem Christentum in allen westlichen Gesellschaften die Weichen neu. Die Rolle der Religion in der Gesellschaft wurde und wird seitdem immer wieder neu zum Politikum, religiöse Symbole in der Öffentlichkeit werden zum Streitgegenstand. Die Aussage de Maizières verrät, dass die Ausblendung religiöser Lebenswirklichkeit nicht nur zu kulturellen Missverständnissen führt, sondern schließlich auch zum politischen Problem avanciert. Der religiöse Verständnishorizont kann von einer dem Religiösen gegenüber sprachlosen Kultur offensichtlich nur schlecht geführt werden. Interreligiöse Kompetenzen sind gerade da gefragt, wo unterschiedliche Glaubensgemeinschaften und die Mehrheitsgesellschaft sich unverständlich gegenüberstehen. Und solche Kompetenzen sind umso leichter zu erwerben, geht man selbst von einem Fundament eines reflektierten Glaubens aus, der den oben genannten Verständnishorizont religiösen Denkens und Handelns begreifen und ausloten kann. Kurz könnte man sagen: Die Rückkehr der Religion in Form islamischer Anfragen und Anforderungen an den Staat, lässt die Frage nach Religion und Staat überhaupt erst wieder neu auftreten. Religion als gesellschaftliches Phänomen ist also keineswegs obsolet geworden, sondern in bleibender und zugleich sich stetig wandelnder Weise auch weiterhin politisch relevant.

Gerade die politische Bildung in kirchlicher Trägerschaft kann daher spezifische Inhalte und Sinngehalte erschließen, die ihren Ursprung zwar im Glauben haben, die aber in vermittelter Weise die westlichen Gesellschaften geprägt haben und prägen und dies auch in Zukunft sollten. An dieser Stelle wollen wir kurz aufschlüsseln, welche Grundwerte und Orientierungen aus unserer Sicht die kirchliche politische Bildung ausmachen:

- Pluralitätsbewältigung: Die neue und wachsende Uneindeutigkeit politischer und gesellschaftlicher Orientierungen, die Steigerung der Pluralität, erfordert persönlich gefestigte Menschen, die politischen Aller-

lösungsstendenzen nicht auf dem Leim gehen. Pluralität auch in religiöser Hinsicht ist anstrengend und gerade deswegen lohnenswert, weil die ständige Anfrage an die eigene Identität diese positiv wandeln oder schärfen kann. Politische Bildung muss zum Ziel haben, mit Pluralitätsanforderungen umgehen zu können und Pluralität als Chance zu begreifen, statt sie verunsichert abzulehnen.

- **Ambiguitätstoleranz:** Eng verbunden mit dem souveränen Umgang mit pluraler werdender Lebenswirklichkeit steht die bleibende Spannung unterschiedlicher und gerade auch religiöser Weltdeutungen, die sich auch in politischer Weise niederschlagen. Politik vermittelt zwischen Spannungen, löst diese aber nicht gänzlich auf, wenn sie nicht totalitär sein will. Das Aushalten von bleibenden Spannungen in Meinungs- und Interessenskonflikten ist entscheidend für eine erwachsene, demokratische Gesellschaft. Zur Ambiguitätstoleranz gehört allerdings auch die klare Absage an ethische und politische Grenzüberschreitungen, etwa in Form von Rassismus, religiösem Fundamentalismus oder Geschlechterapartheid. Diese Überschreitungen müssen nicht ausgehalten werden. Ihnen muss sich eine aufgeklärte Gesellschaft auch in Form der kirchlich politischen Bildung entschieden entgegenstellen.
- **Ökumenische und interreligiöse Offenheit:** Von den eigenen konfessionellen (Glaubens-) Überzeugungen her kann man eigene Standpunkte und Interessen formulieren und in den demokratischen Diskurs einbringen, ohne andere Positionen gering zu schätzen oder abzuwerten. Vielmehr gilt es, die gemeinsamen Sinngehalte und Orientierungen im interkonfessionellen und interreligiösen Dialog herauszuarbeiten und auch hier Unterschiede nicht zu nivellieren. Man wird einen funktionalen Dialog aber nur auf Augenhöhe führen können, also wenn man selbst eigene Ideen und Voreinstellungen klar formulieren kann.
- **Unabhängigkeit vom formalen und politischen Tagesgeschäft:** Gerade weil kirchliche Bildung sich von formaler, schulischer Bildungsarbeit unterscheidet, können andere Formen und Inhalte transportiert werden. Die Freiheit von Leistungsdruck und Bewertung sollte Räume des freien, kontroversen Dialogs und des fruchtbaren demokratischen Streits eröffnen, der Meinungen und Gegenpositionen gelten lässt. Katholische Akademien werden so auch zu geeigneten außerschulischen Lernorten. Dabei müssen zukünftig gerade auch benachteiligte Jugendliche und junge Erwachsene in den Blick genommen werden, die inhaltlich und ästhetisch vom klassischen Akademieprogramm bisher nicht erfasst wurden.¹³

- Suche nach universellen Wahrheiten: Plurale Demokratien sind auf Mitwirkung angelegt und bedürfen einer positiven materialen Füllung von Sinngehalten, die der Staat zwar erhoffen, aber nicht selbst herstellen kann. So fußt letztlich alles Handeln und auch das politische Denken auf einem bestimmten Menschenbild, auf der Übertragung von Verantwortung und so auf gelebter Solidarität, die Begegnung, Hilfe und einen öffentlichen Verantwortungsraum schafft und Gemeinschaft ermöglicht. In dieser Weise muss man nicht vor dem Anspruch universaler Werte zurückschrecken, die aus dem lebendigen christlichen Lebenszeugnis erwachsen können. Gerade die fruchtbare Debatte um die Menschenrechte kann hier beispielhaft angeführt werden.¹⁴ Die Menschenrechte stellen eine Erkenntnisstufe des kulturellen und gesellschaftlichen Lebens dar, die nicht immer wieder neu ausgehandelt werden, sondern durchgesetzt werden muss. Kirchliche politische Bildung muss hier vermittelnd und werbend die Aneignung menschenrechtlicher Standards im Blick haben.
- Eingrenzung des Politischen: Schließlich lässt die dezidiert theologisch-religiös motivierte politische Bildung zwar der Politik ihre je eigene Autonomie, grenzt diese aber zugleich ein, weil bestimmte Lebenswirklichkeiten eben keine „öffentliche Sache“ sind. Wiederum mit der Pastoralkonstitution des Zweiten Vatikanischen Konzils *Gaudium et spes* können wir daher sagen: „Die Kirche, die in keiner Weise hinsichtlich ihrer Aufgabe und Zuständigkeit mit der politischen Gemeinschaft verwechselt werden darf noch auch an irgendein politisches System gebunden ist, ist zugleich Zeichen und Schutz der Transzendenz der menschlichen Person.“¹⁵ Zugleich lehrt die Auseinandersetzung mit der politischen Sphäre religiöse Eingrenzung, die beiderseits mit dem treffenden Begriff der ironischen Gebrochenheit umschrieben werden kann. Der Marburger Politikwissenschaftler auf dem Lehrstuhl für politische Ideengeschichte, Thomas Noetzel, drückt das so aus: „Es gehört gerade zur Signatur der Postmoderne, dass sie mit ihren sozialen, kulturellen, ökonomischen Erfolgen opponierende Kräfte auf den Plan ruft, die die politischen Unübersichtlichkeiten nicht ertragen und existentielle Wahrheiten suchen, wobei der individuelle Körper als Letztinstanz des Wahrhaftigen betrachtet wird. Deshalb müssen Wahrheiten immer besiegelt werden; am glaubwürdigsten mit Blut und dem Einsatz des Lebens. Doch gerade im Angesicht des Unbedingten und Unmittelbaren, des Ernstes, findet die Ironie ihre Bestätigung. Ironische Politik lehrt das Lebenlernen mit der Krankheit und das Aushaltenkönnen des Ausbleibens eindeutiger Botschaften.“¹⁶

Fazit

Jenes Aushaltenkönnen ist schwer und ist in der Geschichte auf vielfältige Weise gescheitert. Im Kontext christlicher Religion ist das Denken des Unvollkommenen und Bruchstückhaften, des „schon, aber noch nicht“, in keiner Weise fremd. Mit dem Begriff des „eschatologischen Vorbehalts“ ist auch im religiösen Denken die Vorsicht und die Selbstbegrenzung eigenen Wissens und Könnens ausgedrückt; die für den politischen Bereich von Thomas Noetzel angesprochene Ironie findet hier ihre theologische Übersetzung. Trotzdem gilt es, eine bleibende Gefahr immer sehr deutlich herauszustellen: Beide Sphären, Religion und Politik, haben jeweils den Hang ihre eigenen Kompetenzen zu überschreiten und sich absolut zu setzen. Politisches wird sakral, Heiliges wird zum Politikum. Historisch gibt es unzählige Beispiele der Aufhebung dieser wichtigen Unterscheidung. Daran mitzuarbeiten, dass das jeweils Andere zur Geltung kommt, dass Religion sich als positive gesellschaftliche Kraft entfalten kann und dass das politische Gemeinwesen zugleich die Sicherung der Freiheit, Gerechtigkeit und Pluralität für alle Bürgerinnen und Bürger gewährleisten kann, ist am Ende das entscheidende Ziel kirchlicher politischer Demokratiebildung für die *civitas terrena*.

Gelingende Demokratie und ein funktionierendes Gemeinwesen sind ebenso keine Selbstverständlichkeit wie ein solidarisches Verhältnis von Staat und Kirche, die sich ihrer jeweiligen Verantwortungsbereiche bewusst sind und dementsprechend handeln. Politische Bildung in kirchlicher Trägerschaft nimmt demgemäß eine Brückenfunktion zwischen Kirche und Gesellschaft ein, die ebenjenen Status des Gemeinwohls für alle Menschen anstrebt. Auch weiterhin wird der Bereich des Politischen ein Bereich der Krise sein; zugleich ist er aber in seiner demokratischen Ausrichtung der geeignetste Ort für die Suche nach gesellschaftlichem Konsens. Diese Suche will die politische Bildung in kirchlicher Verantwortung mitgestalten.

Anmerkungen

- 1 Larry Siedentop: Die Erfindung des Individuums. Der Liberalismus und die westliche Welt, Stuttgart 2015, 80.
- 2 Vgl. Marco Bonacker: Zwischen Genese und Geltung. Religiöse Identität bei John Rawls als Paradigma einer theologischen Ethik, Paderborn 2016, 39ff.
- 3 KKK, 404.
- 4 LThK², Band 2, 472.

-
- 5 *Gaudium et spes*, Nr. 76.
 - 6 DOCAT. Was tun? Die Soziallehre der Kirche. Mit einem Vorwort von Papst Franziskus, Königstein 2016, 92 (Nr. 84).
 - 7 *Laudato si'*, Nr. 56.
 - 8 [https://www.dbk.de/presse/aktuelles/meldung/?tx_news_pi1\[news\]=3281](https://www.dbk.de/presse/aktuelles/meldung/?tx_news_pi1[news]=3281) [Zugriff: 16.03.2018].
 - 9 Vgl. Gotthard Breit: Problemorientierung, in: Wolfgang Sander (Hrsg.): Handbuch politische Bildung. Schwalbach/Ts, 2005, 108-125.
 - 10 Klaus Stüwe: Die verunsicherte Demokratie, (Kirche und Gesellschaft Nr. 449), Köln 2018, 12.
 - 11 Ebd., 14.
 - 12 Vgl. <https://www.welt.de/politik/deutschland/article158267521/Wir-haben-die-Bedeutung-von-Religion-unterschaetzt.html> [Zugriff: 16.03.2018].
 - 13 Katja Dörner: Chance zur demokratischen Teilhabe von benachteiligten Kindern und Jugendlichen, in: Michael Reitemeier u.a. (Hrsg.): Politische Bildung stärken – Demokratie fördern. Beiträge zur Geschichte und Aktualität von politischer Bildung, Frankfurt 2017, 151-158.
 - 14 Vgl. Marianne Heimbach-Steins, Gerhard Kruij, Axel Bernhard Kunze (Hrsg.): Das Menschenrecht auf Bildung und seine Umsetzung in Deutschland. Diagnosen, Reflexionen, Perspektiven, Bielefeld 2007.
 - 15 *Gaudium et spes*, Nr. 76.
 - 16 Thomas Noetzel: Die Ironie der Politik. Der Staat zwischen Komödie und Tragödie: abrufbar unter: <https://www.unimarburg.de/fb03/politikwissenschaft/institut/lehrende/noetzelneupublianoetzel/ironiepolitik.pdf> [Zugriff: 16.03.2018].

Die Verfasser

Dr. Marco Bonacker, Stellv. Leiter der Abteilung Erwachsenenbildung im Bistum Fulda

Gunter Geiger, Direktor des Bonifatiushauses, Haus der Weiterbildung des Bistums Fulda und AKSB-Vorsitzender.